

sowie des kurfürstlichen Amtes, die in diesem Gebiet bestanden haben. Für diese fließen die Quellen fast überreich. Um so verdienstlicher, daß Wiedemann sie zu meistern und zu einem Bilde zu verarbeiten verstanden hat, dessen Reiz sich gewiß auch der nicht entziehen wird, der nicht gleich dem Schreiber dieser Zeilen diese Gegenden und Örtlichkeiten im Verein mit anderen Bonner Kollegen auf zahlreichen Streifen gründlich kennen und lieben gelernt hat. Die Mannigfaltigkeit der mittelalterlichen Besitz- und Rechtsverhältnisse kommt vortrefflich zur Geltung und wird glücklich entwirrt. In Godesberg besaß das Stift Essen sein ältestes Weingut, einen freien Fron(Ding)hof, dessen Eigentum es, seit 1620 allerdings infolge Verpfändung, nur noch dem Namen nach bis zur Franzosenzeit behauptete, dem Bonner Cassiustift gehörte gleichfalls bis zum Ende des vorvorigen Jahrhunderts der dortige Kapellenhof, während der Bonner Propst daselbst ebensolange Zehnt- und andere Lehen hatte. In Muffendorf kam dem Aachener Marienstift die Nona und ein Hof, der Abtei Siegburg ein Hof zu; der Deutsche Orden hatte daselbst eine Kommende bis 1809, während dem Erzbischof von Köln die Vogtei zustand, und der Priester Guntbald durch das Stift Weilburg 913 gegen Aufgabe seines Eigens die legitima ecclesia erhielt, eine noch heute erhaltenen, jüngst restaurierten, auch durch seine Erweiterungen höchst interessanten und malerischen Bau. Ich übergehe den übrigen geistlichen und weltlichen Besitz, darunter solchen der Zisterzienser zu Heisterbach und der Prämonstratenserinnen, später des Birgittenordens zu Marienforst, und hebe bloß als besonders lehrreich hervor die Geschichte der Waldmark Kottenforst mit ihrem Waldgericht und ihren Viermännern sowie Angaben über das Asylrecht etlicher Freihöfe und über Fährrechte. Eine ganze Anzahl, meist schon bei Grimm, Lacomblet, in Maaßens Dekanatsbeschreibungen und in den Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein gedruckter Weistümer stammt aus diesem Gebiet. Für deren Erläuterung in einer Neuauflage in der Sammlung der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde wird Wiedemanns Buch künftig ausgezeichnete Dienste tun, für ihr Verständnis ist es schon heute für den Benutzer ein besonders wertvolles Hilfsmittel. Das allein schon rechtfertigt es, daß von ihm auch an dieser Stelle mit Dank Notiz genommen wird.

Ulrich Stutz.

Ernst Gagliardi, Geschichte der Schweiz von den Anfängen bis auf die Gegenwart, 2 Bände. Zürich, Rascher & Co 1920. VIII und 283 S., VII und 444 S. in 8° mit zahlreichen Abbildungen.

Walther Merz, Das Schultheißenbuch des Stadtschreibers Joh. Beat Bodmer von Baden (mit berichtigter und vervollständigter Schultheißenliste). Aarau, H. R. Sauerländer & Co 1920. 36 S. in 4°.

- Robert Hoppeler, Das Kollegiatstift S. Peter in Embrach, I. Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich XXIX Heft 1. Zürich, Bureau der Antiquarischen Gesellschaft 1921. 14 S. in 4° mit 3 Lichtdrucktafeln.
- Dr. phil. Anton Largiadèr, Untersuchungen zur zürcherischen Landeshoheit. Zürich, Schultheß & C° 1920. VI und 59 S. in 8°.
- Dr. phil. Kurt Meyer, Solothurnische Verfassungszustände zur Zeit des Patriziates. Olten, Dietschi 1921. VI und 389 S. in 8°.
- Dr. B. Caliezi, Der Übergang der Herrschaft Rüzüns an den Kanton Graubünden. Chur, Heinrich Keller 1920. VII und 197 S. in 8°.
- Herbert Dubler, Der Kanton Aargau und das Bistum Basel. Zürcher juristische Diss., in Kommission bei Otto Walter A.G., Olten 1921. VI und 100 S. in 4°.
- Alfred Ribeaud, docteur en droit, avocat, Le moulin féodal. Étude de droit et d'histoire sur la principauté épiscopale de Bâle. Lausanne, librairie Payot et Cie 1920 (auch Berner juristische Diss.). 323 p. in 8°.
- Dr. jur. Fr. Ernst Meyer, Zur Geschichte des Immobilienrechts der deutschen Schweiz im 13. bis 15. Jahrhundert. Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von Otto v. Gierke. Breslau, M. u. H. Marcus 1921. XV und 209 S. in 8°.

Unseren diesjährigen Bericht über die rechtshistorische Literatur der Schweiz haben wir mit dem Hinweis auf bedeutsame Änderungen zu beginnen, die in bezug auf die für uns vornehmlich in Betracht kommenden Zeitschriften sich vollzogen haben. Andreas Heusler in Basel ist von der Leitung der Zeitschrift für Schweizerisches Recht, die er seit 1882, also volle 39 Jahre hindurch innehatte, zurückgetreten und zeichnet wieder nur als Mitherausgeber wie schon von 1864—1882; er will die Übersicht über die Literatur und die schweizerische Rechtsgesetzgebung jedoch weiter beisteuern. Nur wer die Last, die eine solche Redaktion auflegt, aus eigener Erfahrung kennt und den reichen Inhalt der langen Bändereihe übersieht, vermag völlig zu ermessen, welcher Hingabe an die Sache des vaterländischen Rechtes und welch erstaunlicher Arbeitskraft es bedurfte, damit der durch Lehramt, schriftstellerische Arbeit und ausgebreitete Tätigkeit in Rat und Gericht schon weit über das gewöhnliche Maß hinaus in Anspruch Genommene auch noch diese mühsame und wenig dankbare, aber so

notwendige Aufgabe für die Gesamtheit zu erfüllen vermochte. Dazu kommt, daß Heusler nicht nur manchen bedeutsamen Aufsatz beisteuerte, sondern auch der von Schnell begründeten Überlieferung entsprechend in großem Umfange Rechtsquellen — namentlich die des Wallis und des Tessin — selbst edierte. In dieser Beziehung soll nun freilich der Abnahme des historischen Interesses, das auch in der Schweizer Juristenschaft z. Z. sich geltend macht, ein Opfer gebracht und der Abdruck von Rechtsquellen in Zukunft aufgegeben werden. Wenn schon in Deutschland der historische Sinn sich bereits wieder so regt, daß wir, ständen uns nur die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung, einer rechtshistorischen Produktion uns erfreuen könnten, die derjenigen besserer Zeiten weder an Umfang noch an Güte nachstehen dürfte, so steht zu hoffen, daß auch der gesunde Sinn der Schweizer bald wieder das richtige Verhältnis zwischen praktisch-utilitaristischer Betätigung und wissenschaftlich-historischer auf dem Gebiete des Rechtes finden und in die Bahnen zurücklenken wird, auf denen die schweizerische Rechtswissenschaft es zu so großem Ansehen gebracht hat. Auf Abhandlungen rechtsgeschichtlichen Inhaltes und auf Besprechungen rechtshistorischer Untersuchungen will übrigens die nunmehr von Professor Eduard His geleitete Zeitschrift nicht verzichten, wie denn auch gleich die beiden ersten Hefte solche Rezensionen aus der Feder von Heusler, His und J. Wackernagel bringen. So die Zeitschrift für Schweizerisches Recht, der wir unter der neuen Leitung das alte Gedeihen wünschen. Noch größere Veränderungen haben die rein historischen Publikationsmittel der Schweiz erfahren. An die Stelle des Anzeigers für Schweizergeschichte und des Jahrbuchs, die bisher die Allgemeine geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz mit so großem, in der ganzen Historikerwelt anerkannten Erfolge herausgab, ist eine Zeitschrift für Schweizerische Geschichte getreten, der größere Abhandlungen als Beihefte sollen beigegeben werden. Die Herausgabe besorgen die Staatsarchivare von Genf und von Zürich Paul E. Martin und Hans Nabholz. Das erste Heft ist erschienen und weist ein erheblich anderes Gepräge auf als die bisherigen Veröffentlichungen der Gesellschaft. Sehr zu bedauern ist, daß das neue Organ aus finanziellen Rücksichten nicht mehr in den Tauschverkehr der gelehrten Gesellschaften und Anstalten gegeben werden kann. Ich möchte gerade vom Standpunkte des Schweizlers aus, der seiner heimatlichen Geschichtswissenschaft gerne die völkerverbindende Stellung gewahrt sähe, meinen, man hätte in dem jetzigen, auch für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft höchst kritischen Zeitpunkt von solch grundstürzenden Änderungen, wenn sie auch seit Jahren geplant waren, besser abgesehen. Die Folgen werden sich allerdings erst nach Jahren übersehen lassen. Hoffen wir, daß es der schweizerischen Historie gelingen wird, mit der neuen Zeitschrift, die übrigens auch der Rechtsgeschichte die gebührende Beachtung zu schenken verspricht, die alte Höhe und wie bisher weitreichenden Einfluß zu behaupten.

Unter den Darstellungen der Schweizergeschichte wird die gerade

jetzt immer neue Auflagen erlebende monumentale des im vorigen Jahre verstorbenen Johannes Dierauer¹⁾ wohl auf lange hinaus den Ehrenplatz behaupten, den sie wegen der souveränen Beherrschung des Stoffes, wegen ihrer kaum zu überbietenden Objektivität sowie wegen der echt schweizerischen vornehmen Zurückhaltung und Schlichtheit als Niederschlag einer großen Blütezeit schweizerischer Geschichtsforschung und als Ausdruck wahrhaft vaterländischer Gesinnung voll auf verdient. Doch neue Zeiten haben immer auch der Geschichtsauffassung und Geschichtsdarstellung neue Impulse gegeben. Und so ist es nur natürlich und zu begrüßen, daß Ernst Gagliardi mit einem zweibändigen kurz zusammenfassenden Werke, dem schon die beigegebene höchst originelle Illustration²⁾ einen wesentlich anderen Charakter gibt, dem dankbaren und nie zu erschöpfenden Stoffe neue Seiten abzugewinnen versucht. Auf eigene Untersuchungen konnte der Verfasser sich für das Mittelalter namentlich für die Epoche von 1450 bis 1516 stützen, da er bekanntlich die Geschichte Hans Waldmanns und den Anteil der Schweizer an den italienischen Kriegen grundlegend bearbeitet hat³⁾, für die Neuzeit aber kamen ihm seine tiefeschürfenden Studien über vier Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zugute, die er in seiner Biographie des zürcherischen Staatsmannes Alfred Escher kürzlich niederlegte. Man könnte sein Werk fast als historische Einführung in die allerdings vorderhand noch recht problematische schweizerische Völkerbundära bezeichnen, wiewohl der Verf. es sich schwerlich so gedacht hat. Denn es wird darin dargetan, daß die Schweiz in ihrem kleinen Bereiche schon bisher mit Erfolg Aufgaben gelöst hat, die der Völkerbund im großen zu lösen versuchen soll.⁴⁾ Darum wird auch besonderes Gewicht auf die auswärtigen Beziehungen, auf „die Zusammenhänge mit dem Ausland“ gelegt, alles andere aber stark in den Hintergrund gedrängt. So auch die Rechts- und Verfassungsgeschichte, die bisher in gewissem Sinne das Rückgrat der Schweizergeschichte bildete. Natürlich abgesehen von den Partien, wo sie schlechterdings nicht zu umgehen ist, wie etwa in dem Kapitel über die Entstehung „des Bundes“, das sich übrigens fast ganz an Robert Durrer und Karl Meyer anschließt. Für den Rechtshistoriker ist infolgedessen das Buch nur mittelbar von Bedeutung. Dessen Betrach-

¹⁾ Vgl. über ihn Oskar Fäßler, Johannes Dierauer, ein Lebensbild. Neujahrsblatt des Historischen Vereins, St. Gallen 1921.

²⁾ Das erste Tausend erschien als Vorzugsausgabe in größerem Format mit 16 Lichtdrucken und 32 Kunstdrucktafeln.

³⁾ Siehe dazu die Studie von Wilhelm Erben, Betrachtungen zu der italienischen Kriegstätigkeit der Schweizer, Historische Zeitschrift CXXIV 1921 S. 1 ff., die sehr fein, aber deutlich nachweist, wie gewisse Auffassungen und Urteile des Verfassers selbst bezüglich dieses Gegenstandes unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Jahre sich gewandelt haben.

⁴⁾ Gagliardis Einleitung klingt in dem Worte von Bluntschli Schweizerischer Nationalität S. 24 aus: „Wenn dereinst das Ideal der Zukunft verwirklicht sein wird, dann mag die internationale Schweizernationalität in der größeren europäischen Gemeinschaft aufgelöst werden. Sie wird nicht vergeblieh und nicht unruhlich gelebt haben.“

tungsweise liegt dem Verfasser überhaupt fern. Darum ist er, wo er auf verfassungs- und rechtsgeschichtliche Dinge zu sprechen kommt, nicht eben glücklich. So S. 31f., wenn er eine weitverbreitete, aber darum keineswegs richtige Auffassung in verschärfter Formulierung sich zu eigen macht und meint, die schweizerische Eidgenossenschaft erscheine „wie eine Reaktion altgermanischer Zustände gegen Entwicklungen des späteren Mittelalters. Der Partikularismus und das Demokratische, die Abneigung, sich irgendwelcher Autorität zu fügen, die Vorliebe für das Soldatische, ja manche Einrichtungen und Gebräuche sind nichts als lebendig gebliebene Überreste der Vergangenheit, und die Geschichte der Eidgenossenschaft besteht dann größtenteils darin, daß diese seit Urzeiten wach erhaltenen Triebe sich in einer verwandelten Zeit siegreich durchsetzten“. Um diese These zu stützen, wird in den *Pactus Alamannorum* „eine recht demokratische Gesellschaftsordnung“ hineingedichtet, was für den, der die Volksrechte wirklich kennt, ebenso unannehmbar ist wie der „ausgesprochen klerikale Geist“ der *Lex Alamannorum*. Man darf diese ältesten Ordnungen weder aus dem Zusammenhang ihrer Zeit herausreißen noch mit den Augen und Maßstäben der heutigen messen. Ich kann demgegenüber nur immer wieder auf eigene Formulierungen über das Verhältnis schweizerischer und deutscher Verfassungsentwicklung hinweisen, die nicht politisch, sondern rein rechtshistorisch bestimmt sind, z. B. auf den von mir neulich ausgesprochenen Satz¹⁾, die schweizerischen Einrichtungen des Mittelalters lediglich als konservierte germanische Urverfassung hinstellen, heiße die Schöpferkraft des Schweizervolkes bedenklich unterschätzen und den Gang der deutschen Entwicklung verkennen. Doch das sind Verschiedenheiten der Auffassung und Ausstellungen, die gerade angesichts des betonten, die Geschichte der Einrichtungen stark zurückstellenden Charakters von Gagliardis Buch nur in zweiter Linie in Betracht kommen und niemanden abhalten sollen, das äußerst anregend und flüssig geschriebene Werk zur Hand zu nehmen und auf sich wirken zu lassen.

Zu Beginn des Jahres 1672 zeichnete der damalige Stadtschreiber von Baden im Aargau Bodmer für den bereits hochbetagten Schultheißen Dorer auf, was er über die Förmlichkeiten der jeweiligen im Hochsommer um St. Johann des Täufers Tag stattfindende Schultheißenwahl und Regimentsbesetzung sowie über die Amtsobliegenheiten des Schultheißen während seines Amtsjahres in Erfahrung bringen konnte. Die Aufzeichnung, der 60 Schultheißenwappen angefügt sind, gibt uns ein sehr anschauliches Bild von der umständlichen, aber auch umsichtigen und feierlich ehrenfesten Art, in der damals

¹⁾ Vgl. die Einleitung zu meinem in Heft 1 und 2 der Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur, Basel 1921, abgedruckten Essay über die Schweiz in Geschichte und Wissenschaft des deutschen Rechtes, der im übrigen den Inhalt meiner Akademiestrede von 1920 über die Schweiz in der Deutschen Rechtsgeschichte für einen größeren schweizerischen Leserkreis verkürzt wiedergibt.

solche städtische Amtswaltung sich abspielte, und von den Feierlichkeiten, Gottesdiensten, Aufzügen und Abendtrünken, die damit verbunden waren. Nachdem dies Stadtschultheißenbuch vor kurzem aus dem Besitz der Familie Dorer durch Schenkung in den der Stadt und ihres Museums übergegangen ist, hat Merz es als Nachtrag zu seinen 1899 veröffentlichten Rechtsquellen von Baden zunächst im Anhang des Badener Wappenbuchs herausgegeben, von der kleinen, jedoch sehr lehrreichen Veröffentlichung aber auch eine fein ausgestattete Sonderausgabe veranstaltet, für die ihm Rechtshistoriker und Heraldiker in gleicher Weise zu Dank verpflichtet sind. Das Schultheißenverzeichnis ist von ihm an Hand der Urkunden, Regimentsbücher und anderen Quellen mit großer Sorgfalt ergänzt und berichtigt worden.

Die Anfänge des ziemlich bescheidenen und deshalb bisher kaum beachteten Chorherrenstiftes Embrach, dessen Geschichte Hoppeler in gedrängter Kürze erstmals zu schreiben unternommen hat, liegen im dunkeln, da im Alten Zürcherkrieg mit der Stiftskirche die ältesten Statuten und wohl auch Urkunden ein Raub der Flammen wurden. Wir erfahren bloß, daß das Embracher Münster mit Zubehör um 1044 von dem Straßburger Domherrn Hunfred aus dem Hause Mumpelgard-Wülflingen an sein Hochstift geschenkt wurde, und daß es um 1189 daselbst einen Propst Reginhard und demgemäß auch ein Stiftskapitel gab. Hoppeler mußte sich deshalb darauf beschränken, im Anschluß an die mitabgedruckten Stiftsstatuten vom 26. August 1454 die Organisation des Stiftes, die übrigens keinerlei Besonderheiten aufweist, darzustellen und an Hand der Urkunden, der Urbare und der Öffnungen der drei Stiftshöfe zu Embrach, Berg am Irchel und Hegi den Besitzstand des Stifts samt seiner Verwaltung und seinem Recht klarzulegen. Namentlich durch letzteres, sehr mühsame und genaueste Kenntnis des in der Hauptsache noch ungedruckten Materials voraussetzende Unternehmen hat sich der Verfasser ein unleugbares Verdienst erworben. Auf Einzelheiten des recht spröden Stoffes einzugehen, verbietet mir der Raumangel. Ich begnüge mich damit, hervorzuheben, daß 1479 Sixtus IV. Bürgermeister und Rat von Zürich die Propstei und die in den Papstmonaten erledigten Kanonikate zur Nomination überließ, daß in Embrach das Recht der ersten Bitte außer dem Könige den Herzögen von Österreich als Stiftsvögten und dem Bischof von Konstanz zustand (vgl. dazu Bauer in meinen Kirchenrechtlichen Abhandlungen Heft 94, 1919), sowie daß schon Bindschedler (ebenda Heft 32/33, 1906) auf das Asylrecht des Kirchhofes und der Stiftshöfe von Embrach hingewiesen hat.

Bekanntlich haben die Schweizer Eidgenossen die Landeshoheit nicht schlechthin abgelehnt. Nur zu ihren Ungunsten und in der Hand der Fürsten wollten sie sie nicht entwickelt sehen. Zu ihren Gunsten dagegen ließen sie sie sich gerne gefallen.¹⁾ So hat auch die Stadt Zürich

¹⁾ Siehe meine oben S. 542 Anm. 1 erwähnte Festrede, Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1920 (auch separat) S. 98.

von 1386 bis 1450 ein Herrschaftsgebiet erworben, das in seinem Bestand und in seiner Einteilung im wesentlichen bis 1798 unverändert blieb. Wie gestaltete sich in ihm das Verhältnis der werdenden Landeshoheit zu der überlieferten Autonomie der einzelnen Teile? Wie stellte sich die Landschaft zu dem Streben nach Vereinheitlichung, von dem die öffentliche Verwaltung, seit etwa 1518 auch in Zürich „Pollicey“ genannt, getragen wurde? Largiadèr antwortet auf diese Fragen, indem er die Reibungen und Auseinandersetzungen, die von 1441 bis 1532 zwischen dem städtischen Rat und den eifersüchtig an ihren alten Rechten festhaltenden Landleuten meist aus Anlaß von Rückschlägen in der äußeren Politik stattfanden, einer näheren Prüfung unterzieht und die erhobenen Beschwerden, aber auch die erzielten Vergleichsergebnisse sowie den Inhalt der Spruchbriefe unter dem Gesichtspunkt der Geschichte der zürcherischen Landeshoheit uns vorführt. Im einzelnen darüber kurz zu referieren, ist unmöglich. Der Spruch von 1441 im Grüninger Handel, der von dem selbst in großem Stile Territorialpolitik treibenden Bern ausging, gestand der Regierung bedingungslos die Erhebung allgemeiner Landessteuern und das militärische Aufgebot zu; für die Weibelwahl wurde den Grüningern ein Dreivorschlag zugestimmt. Weniger gut kam die Regierung in den Waldmannschen Spruchbriefen von 1489 weg, über deren Entstehung, Zusammensetzung und Inhalt der Verfasser besonders dankenswerten Aufschluß gibt; da der Einfluß der Länderkantone dabei überwog, bestätigten sie womöglich überall das alte Herkommen gegenüber der neueren Justiz- und Verwaltungspraxis. Die Obrigkeit mußte ganz erhebliche Zugeständnisse machen, namentlich den auf das Ausbürgerverhältnis sich stützenden Vogteien am Zürichsee; sie erhielten die freie Wahl des Untervogts, freie Jagd und Fischerei, das Versammlungsrecht u. a. m. Mit der Reformation kommen dann kirchliche Postulate hinzu wie die freie Pfarrwahl, die zwar immer wieder verlangt, aber nicht durchgesetzt wurde, ebensowenig wie die Abschaffung des (kleinen) Zehnten, beides Forderungen, die auf die Zwölf Artikel der Bauern zurückgehen dürften. Von der Leibeigenschaft wurde nur die Ungenossame beseitigt und teilweise Fall und Laß, Abgaben, die jedoch den Reglern, d. h. den Gotteshausleuten des Großmünsterstifts in Zürich auf ihre Bitten später wieder abgenommen wurden, um sie vor den thurgauischen Landvögten und Gerichtsherren zu schützen. Im übrigen blieb es bei der Leibeigenschaft. Z. T. an Vorgänge der neuesten deutschen Geschichte erinnern die Zugeständnisse, die nach der unglücklichen Kappeler Schlacht den Untertanen gemacht werden mußten. Den Schluß bildet ein Paragraph, der den Stand der Landeshoheit nach der Reformation feststellt. Die Untersuchung, nur ein Teil einer vom Verf. der zürcherischen Philosophenfakultät I eingereichten Dissertation, ist ein sehr schätzenswerter Beitrag zur schweizerischen Verfassungsgeschichte des 15. und 16. Jahrhunderts, verdient aber auch bei Behandlung der deutschen, namentlich der süddeutschen Entwicklung beachtet zu werden.

Die Rechts- und Verfassungsgeschichte Solothurns ist noch nicht

genügend erforscht. Bietet sie auch nicht gerade Außerordentliches, so weist sie doch Züge auf, die ihr das Interesse auch des Nichtsolothurners sichern. Namentlich daß Solothurn — wie Bern, Luzern und Freiburg ^{i/ua.} — jahrhundertlang unter einem exklusiven Familienregimente stand, macht es innerhalb der Schweiz und darüber hinaus verfassungsgeschichtlich beachtenswert. Es ist darum sehr zu begrüßen, daß das Solothurner Patriziat und Solothurns Verfassung unter dessen Herrschaft zum Gegenstand einer eigenen, überaus gründlichen Darstellung gemacht worden sind, die freilich durch etwas straffere Zusammenfassung und durch Beschränkung auf das Wesentliche noch gewonnen haben würde. Meyer schickt der eigentlichen Untersuchung seines Gegenstandes eine Einleitung voraus, in der er zeigt, wie man sich in Solothurn um 1500 von der Zunftverfassung abwandte, indem man den Zunftzwang aufhob und die freie Zunftwahl einführte, und weiter, wie die Schaffung eines Untertanengebiets, die Niederwerfung des schweizerischen Bauernkrieges 1653, das Vorbild Berns und die Schließung des Bürgerrechts im Jahre 1682 sowie die Reisläuferei der Vorherrschaft weniger Geschlechter Vorschub leisteten. Der erste Teil behandelt das Bürgerrecht seit 1682 und die damit verbundenen Rechte und Pflichten. Von den vier Klassen der Stadtbevölkerung, den Altbürgern, den Neubürgern, der kleinen Gruppe der seit St. Johannis des Täufers Tag 1681 Aufgenommenen, den (alten) Hintersässen und den „Häuslileuten“ (Domizilanten, Fremden) gehörte zu den „Herren“ bloß ein Teil ($\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{4}$) der grundsätzlich regimentsfähigen Altbürger. Immerhin war die Zahl der in Betracht kommenden Familien anders als in Bern verhältnismäßig groß, so daß der um 1700 unternommene Versuch, die Patriziatsherrschaft zu einer Oligarchie zu verengern, daran scheiterte. Erst von 1720 an trat eine gewisse Stagnation ein, und seit der Mitte des 18. Jahrhunderts waren die Patrizier nicht mehr imstande, alle Ratsstellen aus ihrer Mitte zu besetzen. Gegen Ende des Jahrhunderts erfolgten deshalb, wenn auch behutsam, Neuaufnahmen. Die Zünfte wurden von den Nichthandwerkern nur benutzt, um in den Rat zu kommen, zu welchem Zwecke diese sich nötigenfalls mittelst der freien Zunftwahl je nach den Aussichten, die sich boten, auch auf andere Zünfte als die ihrer Familie verteilten. Im übrigen führte das Zunftwesen verfassungsrechtlich nur noch ein Scheindasein. Das lehrt namentlich der zweite Teil, der die Verfassung behandelt. Beim Rosengarten, der alljährlich am 24. Juni in der Barfüßerkirche stattfindenden Versammlung der souveränen Stadtbürgerschaft zum Zwecke der Regimentsbesetzung, marschieren zwar die Zünfte noch feierlich auf, aber nur, um die zu Häuptern der Stadt und Republik zu wählen, die schon zum voraus bestimmt waren. Meyer stellt eingehend die Wahlgesetzgebung und Wahlpraxis dieser und der noch zahlreicheren Ämter dar, die auf dem Rathaus besetzt wurden; dabei, nicht etwa am Schlusse im Anhang, der sich nur mit den Quellen und der Literatur befaßt, druckt er auch eine Anzahl von städtischen Ordnungen ab, worauf besonders aufmerksam gemacht sei. Sie richten sich gegen das Prä-

tendieren und Praktizieren und führen seit 1764 zu einer gewissen Gesundung, namentlich auch durch Anordnung der geheimen Urnenabstimmung. Vier Kapitel über die Räte und die Häupter (Schultheiß, Stadtvenner, Seckelmeister, Stadtschreiber und den wohl aus dem Bürgermeister hervorgegangenen Gemeinmann, als Vertrauensmann, Sprecher und Aufsichtsorgan von der ganzen Gemeinde aus irgendeiner Zunft ohne Bedingung der Ratszugehörigkeit gewählt) schließen den zweiten Teil und damit die ganze Arbeit ab, angesichts derer man trotz gewisser z. T. oben angedeuteter Mängel es nur lebhaft bedauern kann, daß deren wissenschaftlich so strebsamer und von wärmstem Interesse für die vaterstädtische Geschichte beseelter Verfasser ihrer Erforschung sich nicht, wie er beabsichtigte, weiter widmen konnte, weil die Grippe ihn in voller Manneskraft dahingerafft hat.

Durch Tausch war im Jahre 1497 die Herrschaft Rätzens an das Haus Österreich gekommen, das sie freilich gewöhnlich verpfändete oder auf Wiederlöse verkaufte, 1696 jedoch einlöste und fortan dauernd in seiner Hand behielt. Dies deshalb, weil es als Rechtsnachfolger der Freiherrn von Rätzens, die 1421 mit dem Abt von Disentis und den Herren von Sax-Misox den Oberen oder Grauen Bund gegründet hatten, zu dessen Häuptern gehörte und Sitz und Stimme in den Ratsitzungen in Truns beanspruchen konnte, worauf es ihm seit dem spanischen Erbfolgekrieg wegen der bündnerischen Pässe und aus anderen Gründen ankam. Die Schicksale dieser Herrschaft vom Beginn der antiösterreichischen Bewegung in Graubünden im Jahre 1794 an bis zur Übergabe an den Kanton infolge der Beschlüsse des Wiener Kongresses schildert Caliezi im zweiten bis neunten Kapitel seiner Abhandlung. Zeitweise wurde die Herrschaft in die mit dem Reichsdeputationshauptschluß zusammenhängenden Verhandlungen hineingezogen und als Objekt für Repressalien von seiten der Schweiz gegenüber der österreichischen Inkorporation in Aussicht genommen. Der Preßburger Friede bedeutete allerdings die förmliche Anerkennung der Mediationsverfassung auch durch Österreich. Aber wenigstens die Verwaltung der Rätzünser Herrschaft blieb ihm zunächst. Da ließ sich Napoleon 1809 im Wiener Frieden, durch die kalte Aufnahme, die Talleyrand in Chur gefunden hatte, über die dortigen Sympathien für Österreich aufgeklärt, la seigneurie de Rhazuns enclavée dans le pays des Grisons (nämlich oberhalb Chur) abtreten, aber nicht, um, wie man erwartete, sie an die Schweiz weiterzugeben, sondern um sie — man lese S. 121 ff. nach, mit was für Mitteln — für sich zu behalten. Doch 1814 nahm seine Herrlichkeit ein Ende und fiel die Herrschaft an Österreich zurück. Sie hat also die Revolution und die Franzosenherrschaft überdauert und ist erst im Januar 1819 feierlich den Vertretern des Kantons Graubünden übergeben worden. Dies der wesentliche Inhalt der dankenswerten Schrift von Caliezi, die vornehmlich die diplomatischen Verhandlungen zum Gegenstande hat und ein Beitrag zur Geschichte des heutigen Graubündens bzw. der heutigen Schweiz ist, den Rechtshistoriker dagegen nur mittelbar interessiert.

Auf die Schlußkapitel, welche die Auseinandersetzung und Abrechnung mit Österreich sowie mit den herrschaftlichen Gemeinden betreffen, und auf einige dazugehörige Aktenstücke im Anhang sei noch besonders hingewiesen.

Bisher unbenutztes Akten- und Briefmaterial aus den Staatsarchiven in Luzern und Aarau, aus dem bischöflichen Archiv in Chur und aus dem Luzerner Familienarchiv Amrhyn zieht in dankenswerter Weise heran die fleißige Arbeit von Dubler, die nach Format, Papier und Druck allerdings mehr wie eine Festschrift auftritt als wie eine Dissertation. Außer der Diözesankonferenz mit besonderer Berücksichtigung der aargauischen Abgeordneten und den Staatsleistungen behandelt sie namentlich die staatlichen Rechte gegenüber dem Priesterseminar, bei der Bestellung des Domkapitels und hinsichtlich der Bischofswahl. Für letztere sei eigentlich die freie Wahl durch das Domkapitel vereinbart gewesen; nur durch päpstliche „Mahnung“ sei letzteres angehalten worden, im Interesse des guten Einvernehmens mit dem Staat einen Mann zu wählen, „dessen Charakter eine gute und friedliche Regierung verspreche“. Erst durch eine nachträglich die Staatsregierungen begünstigende, einseitige Interpretation des Hl. Stuhls von 1863 sei aus der bloß moralischen Verpflichtung eine rechtliche geworden. Dies und anderes wird gegenüber den bekannten Darlegungen von Fleiner weniger bewiesen als mit großer Sicherheit behauptet. Ganz besonders temperamentvoll zieht aber Dubler gegen das zu Feld, was ich in meinem Buche über den neusten Stand des deutschen Bischofswahlrechtes über den Begriff der Mindergenehmheit und deren Geltendmachung ausgeführt habe. Ich kann mich unmöglich an dieser Stelle darüber mit dem Verfasser auseinandersetzen, muß es vielmehr dem, der unsere Arbeiten in sorgfältigem Studium miteinander vergleicht, überlassen, zu entscheiden, ob ich wirklich der plumpe, stetsfort in Widersprüche mit mir selbst mich verwickelnde und über meine eigenen Aufstellungen stolpernde Goliath bin, als den mich mein Gegner hinstellt, er aber der flinke, mit geschicktem Schleuderwurf mich zu Fall bringende David. Gerne würde ich, wie ich es schon mehr als einmal getan habe, erklären: cedo juniore, wenn er sich nur auch als major erweisen würde. Allein nach nochmaliger gründlicher Überprüfung sehe ich mich leider nicht in der Lage, irgend etwas Wesentliches von meinen Lehren zurückzunehmen, sind doch diese nicht das Ergebnis rascher Eingebung, sondern aus langjähriger, immer wieder von neuem aufgenommener Beschäftigung mit dem Stoff und mit den Quellen hervorgegangen. Vielmehr möchte ich meinen, der Verfasser werde, wenn erst seine jugendliche Phantasie sich etwas gezügelt, sein übergroßer Scharfsinn sich ein wenig beruhigt und sein kirchlicher Übereifer sich einigermaßen gelegt habe, vielleicht selbst zu der Erkenntnis kommen, daß ich manches, was er mir unterschiebt, nicht vertreten, staatlicher Willkür keineswegs das Wort geredet, ein absolutes Ausschließungsrecht nicht gelehrt, wohl aber gezeigt habe, daß die Exklusive ein rein negatives Verfahren völkerrechtlicher Art,

und, wenn ihre Geltendmachung auch weder die Angabe von Gründen noch deren kirchliche Überprüfung verträgt, darum doch durchaus nicht loyaler Handhabung entrückt ist. Jedenfalls möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, der kenntnisreiche, in ungewöhnlichem Maße wissenschaftlich interessierte und leistungsfähige Verfasser wolle es bei dieser Erstlingschrift nicht bewenden lassen, vielmehr in absehbarer Zeit durch weitere Arbeiten auf dem Gebiete des schweizerischen Kirchenrechtes und seiner Geschichte den Beweis dafür erbringen, daß inzwischen bei ihm zu Originalität und Erudition als dritte im Bunde Sophrosyne sich hinzugesellt hat.

Der Wert des Buchs von Ribeaud, das durch die Arbeiten von Louis Stouff über Landesherrschaft, Städtewesen und Grundherrschaft im alten Fürstbistum Basel sowie durch die Untersuchungen von Karl Geiser zur Geschichte des bernischen Wasserrechts angeregt und wohl von einem bestimmten Rechtsfall ausgegangen ist, besteht hauptsächlich in dem Nachweis, daß und wie in diesem Gebiet seit dem 15. Jahrhundert ein landesherrliches Wasser- und Mühlenregal entwickelt und durchgeführt wurde. Was der Verfasser sonst an Hand der bei Trouillat und anderswo in Menge gedruckten Urkunden und viel ungedruckten Materials über das Eigentum und die Leihe von Mühlen, über den Mühlenbann, die Rechte und Pflichten des Müllers u. a. beibringt, ist dankenswert, vermehrt aber nur die Beispiele für längst Bekanntes. Markgenossenschaftliche Mühlen vermag auch er nicht nachzuweisen. Mehr als ein Drittel des Buchs wird von rechtshistorischen Ausführungen allgemeiner Art eingenommen, die sich wesentlich auf Heilfron stützen(!), während z. B. die wirtschaftsgeschichtliche Literatur, die Werke von Inama-Sternegg und Lamprecht, aber auch die beiden von Dopsch u. A. nicht herangezogen sind.¹⁾

Dr. Ernst Meyer, von dem wir in Band XXXIV 1913 unserer Zeitschrift S. 721—724 eine Untersuchung über das Schuldrecht der Schweiz anzeigen konnten, hat erfreulicherweise die spärliche Zeit, die ihm die Verwaltung eines stadtzürcherischen Amtes übrigläßt, weiter benutzt, um mit einer in heutiger Zeit doppelt anerkennenswerten Hingabe an das Studium der vaterländischen Rechtsgeschichte dem deutschschweizerischen Immobilienrecht im Spätmittelalter nachzugehen. Am gelungensten und in seinen Ergebnissen am besten gesichert erscheint mir das zweite Kapitel über die Arten der rechten Gewere. Eine Frist von *sex septimanae et tres dies* oder, wie die deutschen Urkunden umgekehrt sagen, von drei Tagen und sechs Wochen, während deren nach alemannischem, also auch nach deutschschweizerischem, namentlich zürcherischem Recht die körperliche Vestitur ausgeübt werden muß, begegnet durchaus nicht nur dann, wenn der Erwerber alsbald über die Liegenschaft weiter verfügen, also namentlich

¹⁾ Vgl. meine ausführliche Anzeige im zweiten Heft der neuen Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, 1921 S. 225 f.

wenn er sie dem Veräußerer zu Lehen, Leihe oder zu einem anderen Nutzungsrecht auf Lebenszeit zurückgeben will, sondern bei jedem Erwerb. Daneben kannten Bern und Basel zu Stadt und Land eine rechte Gewere von Tag und Jahr d. h. von drei Tagen, sechs Wochen und einem Jahr; übrigens läßt sie sich auch für Stadt und Landschaft Zürich und für St. Gallen nachweisen. Wie verhalten sich die beiden Einrichtungen zueinander? Erstere wird in Zürich einmal als *prescriptio* (genauer *minus plena*), letztere als *prescriptio plena*, als Verwirkungsfrist mit Vollwirkung bezeichnet. Jene bildet die Grundlage für diese und ist in dieser mitenthaltend. Sie erfordert unmittelbaren Besitz, der darüber hinaus bei dieser nicht erforderlich ist. Beide sind von der in aller Form vollzogenen Investitur an vorwärts, nicht etwa von der Klageerhebung an rückwärts zu rechnen und entspringen einem Aufgebot, das unter Androhung der Verschweigung die Inhaber verletzter Rechte zum Widerspruch herausforderte. Was die Gewere von sechs Wochen und drei Tagen bedeutete, werden wir weiter unten sehen, die von Jahr und Tag war die rechte Gewere im technischen Sinn. Konnte letztere nicht bewiesen werden, so gab es noch die Möglichkeit, auf eine Gewere von zehn Jahren oder neun Laubriesenen d. h. Laubfallperioden (= dreimal drei Blätterfällen; vgl. Stutz, Höngger Meiergerichtsurteile, Bonn 1912 S. 14 Anm. 26 mit Meyer S. 152) von der Klage an (unter Nichteinrechnung der letzten Ernte) sich zu berufen und sie darzutun, was unter Umständen leichter war. Nun aber die Gewere von sechs Wochen und drei Tagen! Wie erklärt es sich, daß jede neuerworbene Gewere während der genannten Frist durch unmittelbaren Besitz gestärkt werden mußte? Die Antwort gibt das erste Kapitel „Vom Erwerb der Gewere“ an die Hand, worin der Verfasser in gründlicher Auseinandersetzung mit Heusler, K. Beyerle und Meerwein den verschiedenen Bestandteilen des Veräußerungsgeschäftes bzw. den entsprechenden Elementen des Eigentumserwerbs beizukommen sucht. Im 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts werden nach ihm das dingliche Recht und die Gewere noch getrennt erworben, letztere durch eine außerhalb des Grundstücks vorgenommene Investitur, von der der Verfasser meint, sie habe keine ideelle, sondern eine leibliche Gewere begründet. Das schon deshalb, weil eben jede neuerworbene Gewere durch die Ausübung unmittelbaren Besitzes während sechs Wochen und drei Tagen habe gestärkt werden müssen. In der Folgezeit änderte sich freilich die Struktur des Veräußerungsgeschäfts, für das nunmehr der Name Fertigung aufkam. Diese Bezeichnung ist nach Meyers zwingender Beweisführung von der Investitur aus- und auf das Gesamtveräußerungsgeschäft genau so übergegangen wie anderwärts der ursprünglich nur den Besitzräumungs- oder Verzichtvertrag bezeichnende Name Auflassung. Daran, daß Fertigung ursprünglich nur die Investitur bedeutete, ist nicht zu zweifeln; man braucht bloß die lateinische Höngger Stiftsoffnung von 1338 mit der kaum jüngeren deutschen Fassung (bei Stutz, Höngger Rechtsquellen, Basel 1897 S. 15 Z. 12 und 15f.) zu vergleichen. Der Grund aber dafür, daß die Auf-

gabe zurück-, die Fertigung dagegen in den Vordergrund tritt und dem ganzen Übertragungsgeschäft die Signatur gibt, ist nach Meyer darin zu erblicken, daß mehr und mehr die Gewere zu der Gestalt wurde, in die das dingliche Recht für die Übertragung sich kleidete. Das Lehn- und Leiherecht ging hierbei voran, die Satzung folgte. Und diese Fertigung war nunmehr notwendig eine gerichtliche. Bekanntlich sind Andreas Heusler und Eugen Huber der Meinung, die obligatorische gerichtliche Fertigung sei in der Schweiz schon früh in Abgang gekommen, und für Zürich insbesondere hat Arnold Escher (vgl. über seine einschlägige Schrift diese Zeitschrift XXVIII 1907 S. 572ff.) die obligatorische Fertigung für das 13. bis 15. Jahrhundert geradezu verneint. Meyer ist der Meinung, schon das von ihm für das 13. und die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts nachgewiesene Prinzip, daß jede neuerworbene Gewere durch einen unmittelbaren Besitz von sechs Wochen und drei Tagen habe gestärkt werden müssen, beweiße, weil es das Vorangehen eines gerichtlichen Aufgebots voraussetze, das Gegenteil. Für Basel hat ja auch bereits Meerwein die Notwendigkeit gerichtlicher Fertigung dargetan. Für Bern erbringt nunmehr denselben Nachweis Meyer. Ebenso aber für Zürich, für das die vor einigen Jahren entdeckte dritte Rezension des Richtbriefs in einem Zusatzartikel vom 22. Juni 1377(?) (vgl. diese Zeitschrift XXXIV 1913 S. 719 und H. G. Wirz in der dort besprochenen Festgabe für Meyer v. Knouau S. 253) mit Sicherheit ergibt, daß im 14. Jahrhundert und wohl bereits früher das Obligatorium gerichtlicher Fertigung bestand. Ich übergehe, was Meyer über die Rolle des Sechswochen- und Dreitagebesitzes beim Pfandrecht ausführt, und die Gegenüberstellung seiner Ergebnisse mit dem Recht des Sachsen- und Schwabenspiegels, die etwas dürftig ausgefallen ist, und fasse mein Urteil dahin zusammen: Der Verfasser hat auch in dieser Schrift wichtige neue Erkenntnisse aus den Quellen herausgearbeitet, die der Forschung wertvolle Anregungen zu geben geeignet sind. Aber zu völliger Klarheit hat er sich noch nicht durchgerungen, und das letzte Wort hat er noch nicht gesprochen. Was insbesondere die Gewere von sechs Wochen und drei Tagen anlangt, so möchte ich, genauere Nachprüfung vorbehalten, vermuten, ihre Rolle in den behandelten Rechten hänge damit zusammen, daß man der symbolischen Investitur, ähnlich wie in Konstanz durch Wiederholung des Übereignungsaktes auf dem Grundstück, durch eine an die alte sessio tridua sich anlehrende und diese erweiternde Einrichtung ein die Realität gewährleistendes Nachspiel zu geben sich veranlaßt sah. Es soll also die durch Wegverlegung des Aktes von dem Grundstück herabgeminderte oder geradezu in Frage gestellte Sinnlichkeit oder Körperlichkeit auf andere Weise wieder wettgemacht werden, was man mit Meyer im Sinne der herrschenden Lehre auch mehr dogmatisch dahin ausdrücken kann, die Publizität der neuerworbenen Gewere habe besser zur Geltung gebracht werden sollen. Bei aufkommender Gerichtlichkeit der Fertigung trat dann infolge des richterlichen Aufgebots noch die weitere Wirkung hinzu, daß eine in dieser Weise während

sechs Wochen und drei Tagen unmittelbar ausgeübte Gewere nur noch mit Urteil konnte gebrochen werden, also dem Inhaber bis zur Definitivsentenz verblieb. Sehr richtig führt der Verfasser aus, die Übertragung der Gewere sei zwar durch die symbolische Investitur in Verbindung mit der Sale, seit dem zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts aber durch die gleichzeitig das Recht vermittelnde Fertigung erfolgt, jedoch nur unter den Parteien, indes die absolute Wirkung erst infolge des Sechswochen- und Dreitagbesitzes eintrat, der übrigens dem solennen Übertragungsakt auch vorangehen konnte. Fast könnte man von einer Duplizität der Gewere sprechen wie für eine spätere Zeit von einer Duplizität des materiellen, durch Tradition erworbenen, und des formellen, allein zur buchlichen Verfügung, insbesondere zur Belastung legitimierenden, durch Eintragung begründeten Bucheigentums. So im wesentlichen das, worin wir Meyer zuzustimmen vermögen. Im einzelnen findet sich neben bloßen Versehen, die ich gar nicht erst herausheben will, auch einiges recht Anfechtbare. Die sechs Wochen und drei Tage des älteren Rechts will unser Verfasser aus der Dauer des echten Dings und aus drei Nachdingsfristen erklären. Doch ein dreitägiges echtes Ding, aber ohne Nachding gab es zwar bei den Franken, nicht dagegen bei den Alamannen. Richtig ist natürlich auch für die ältere Zeit die später für die drei Tage und sechs Wochen gegebene Erklärung, wonach es sich um die auf das nicht mitgerechnete Maien- oder Herbstding in dreimal vierzehntägigem Abstand folgenden drei Nachdinge mit ihren Gerichtstagen handelte. Apud bedeutet in der mittelalterlichen Urkundensprache, wie bekannt und oft ausgeführt, auch „in“, apud Berne also ev. „in Bern“, wie noch heute datum Romae apud Sanctum Petrum „gegeben zu Rom im Vatikan“. Bedauerlich ist, daß Meyer bezüglich des Wortes Gewere, das natürlich lateinisch durch potestas wiedergegeben werden konnte, wie auch das deutsche Gewalt die Gewere mit bezeichnete, wegen des Neutrums „das Gewer“ mit der Bedeutung „Schutz“ liebäugelt, und daß er gar Fertigung S. 51 ff. alles Ernstes von „fahrten“ und „fahren“ ableitet und mit jemandem „einführen“ oder „einfahren machen“ erklärt. Diese Deutung wird weder, wie Meyer meint, durch Urkunden nahegelegt, noch hat er sie zur Stützung seiner Auffassung nötig, wohl aber ist sie nicht minder unmöglich als die von Fahrhabe in Pölmans Handtbuch, darinnen in der kürze zu befinden, was sich fast täglich bei gerichte zutregt (1574) II 1 dist. 3, auf die mich Walther Schönhofel freundlich aufmerksam macht: „Fahrende Habe heisset darumb also, das sie von Todten fehret in den Erbling.“ Dem Angehörigen eines Sprachgebiets, dem „Ferggen“ und „Fergger“ = Fertigmachen und Fertigmacher noch heute geläufig sind, sollte eine solche etymologische Entgleisung nicht unterlaufen. Sie gibt mir den Anlaß, den Wunsch auszusprechen, es möchte dem ebenso strebsamen wie findigen und gelehrten Verfasser vergönnt sein, seinen Gesichtskreis nicht nur an außerschweizerischer Literatur, sondern namentlich auch an ebensolechem Urkundenstoff und zugleich nach der historischen und sprachgeschichtlichen

Seite hin zu erweitern. Dann wird ihm bei späteren Arbeiten, mit denen er hoffentlich nicht zurückhält, ein noch vollerer Erfolg als durch seine bisherigen Leistungen beschieden und wird ihm vergönnt sein, an seinem Teil das einst so große Ansehen der zürcherischen Rechtshistorie neu zu beleben. Ulrich Stutz.

Danmarks gamle landskabslove med kirkelovene med understøttelse af Carlsbergfondet udgivet af det Danske sprog- og literaturselskab ved Johs. Brøndum-Nielsen. Første hefte; andet hefte. Kjøbenhavn, Gyl-dendalske boghandel, Nordisk forlag, 1920, 1921. IV u. 256 S. gr. 8°.

Danske vider og vedtægter eller gamle landsbylove og byskråer udgivne med understøttelse af „Den grevelige Hjelmstjerne-Rosencroneske stiftelse“ og „Det Finneske Legat“ af Poul Bjerger, højskolelærer, (og) Thyge J. Söegaard, oberstløjtnant. Bd I—III. Kjøbenhavn, Lehmann & Stage, 1904—1920. XII u. 504, XII u. 584, XVI u. 736 S. kl. 8°.

Eine den Anforderungen der Gegenwart entsprechende Ausgabe der altdänischen Landschaftsrechte ist seit langem als dringendes Bedürfnis empfunden worden. Das Unternehmen, das mit den beiden ersten Heften ins Leben getreten ist, darf deshalb der freudigen Anteilnahme aller derer gewiß sein, die den wichtigsten Zeugnissen vom dänischen Rechte des Mittelalters ihr Interesse entgegenbringen. In erster Linie schulden natürlich die Rechtshistoriker der dänischen Sprach- und Literaturgesellschaft ihren Dank dafür, daß sie die Tradition des „nordisk Literatursamfund“ wiederbelebt und die Neuausgabe von „Dänemarks alten Landschaftsrechten mit den Kirchenrechten“ in Angriff genommen hat. Die Veröffentlichung ist in die Hände des Dozenten an der Universität Kopenhagen Johs. Brøndum-Nielsen gelegt.

Den Reigen eröffnen die schonischen Rechtsquellen. Es werden ihnen, wie die dem ersten Hefte beigegebene „vorläufige Einleitung“ mitteilt, ein Textband und ein Band Handschriftenbeschreibung gewidmet sein. Die bisher erschienenen beiden Hefte bringen den Haupttext des Skånske lov nach dem Codex Runicus (AM 23, 8°) und den größten Teil eines „sprachlich und rechtshistorisch interessanten“ Textes nach einer zufolge Schlyter Corp. iur. Sueo-Got. ant. IX S. XIX der Mitte des 14. Jahrhunderts angehörenden Stockholmer Handschrift (B 69).¹⁾ Des weiteren sollen namentlich folgen Andreas Sunesens liber

¹⁾ Vgl. über sie auch Johs. Brøndum-Nielsen im Arkiv f. nordisk filologi XXXIV 124 ff., 130 f.